



FEDERAL BUREAU OF INVESTIGATION, PUBLIC DOMAIN, VIA WIKIMEDIA COMMONS, BRENDAN SMIALOWSKI/AFP, DIA DIPASUPIL, CHIP SOMODEVILLA, MANNY CARABEL/GETTY IMAGES, JULIA HENDERSON/DIE POSAUNE

Flynn einigt sich – aber wer zahlt?

- Stephen Flurry
- [27.03.2026](#)

Am 25. März hat das US-Justizministerium in aller Stille eine Klage von Generalleutnant Michael Flynn (Ret.), Trumps erstem nationalen Sicherheitsberater, gegen eine Zahlung von 1,25 Millionen Dollar beigelegt. Das war weit weniger als die 50 Millionen Dollar, die er wegen böswilliger Verfolgung eingeklagt hatte.

- General Flynn wurde zu Beginn von Trumps Amtszeit unter fragwürdigen FBI-Taktiken untersucht und dann 2017 unter anderem durch Drohungen gegen seinen Sohn zu einem Schuldgeständnis gedrängt. Als die Bedenken wegen Fehlverhaltens wuchsen, ließ das Justizministerium das Verfahren 2020 fallen und Trump begnadigte ihn, aber erst nach 10 Jahren rechtlichen und finanziellen Schadens.

Das Justizministerium bezeichnete den Vergleich als „einen wichtigen Schritt zur Wiedergutmachung einer historischen Ungerechtigkeit“. Flynn äußerte sich weniger positiv:

Nichts kann die Hölle wettmachen, die meine Familie und ich in diesen vielen Jahren ertragen haben – die unerbittlichen Angriffe, die Zerstörung des Rufs, der finanzielle Ruin.

Zehn Jahre. Das ist es, was ihn das gekostet hat. Und die verantwortlichen Männer? James Comey, Peter Strzok, Andrew Weissmann und die Architekten der ganzen Operation – keiner von ihnen wurde bisher strafrechtlich verfolgt.

- **Robert Mueller**, der Mann, dessen Team Flynn's Familie bedroht hat, um ein Schuldbekenntnis zu erzwingen, ist letzte Woche gestorben. Die Medien haben ihn in den höchsten Tönen gelobt und zwei ehemalige Präsidenten haben ihm ihre Anerkennung ausgesprochen.

Das Justizministerium sagt, was General Flynn angetan wurde, war eine „Bewaffnung der Bundesregierung“ und schwört, dass so etwas nie wieder passieren darf. Aber Gelübde ohne Urteile bedeuten nichts. Amerika kann sich davon nicht erholen, solange die Gesetzesbrecher nicht die rechtliche Abrechnung erhalten, die sie verdienen.

- **Eine Abfindung, die von den Steuerzahlern** an den Mann gezahlt wird, dem Unrecht getan wurde, ist keine Rechenschaftspflicht. Es handelt sich um eine Rechnung, die an eine falsche Adresse geschickt wurde.

Jesaja 59, 14 beschreibt das heutige Amerika: „Und das Recht ist zurückgewichen, und die Gerechtigkeit hat sich entfernt; denn die Wahrheit ist auf der Gasse zu Fall gekommen, und die Aufrichtigkeit findet keinen Eingang.“

Das Gericht Gottes unterliegt jedoch keinem Wechsel der Verwaltung. Die Urheber dieser Ungerechtigkeit werden sich dafür

verantworten müssen – nicht vor einem Bundesgericht in Florida, sondern vor dem Gott, der in Jesaja 5, 20 warnt: „Weh denen, die Böses gut und Gutes böse nennen ...“ Dieses Wehe wird kommen. Im Gegensatz zur Einigung mit General Flynn wird sie in voller Höhe gezahlt werden.